

„Absolut übliches Standardvorgehen in der Branche“ Mit Windpark nur Verluste eingefahren? – Kreiswerke werfen Bürgerinitiative Gegenwind „Tatsachenverdrehung“ vor

WÄCHTERSACH ■ Die Kreiswerke-Tochter Versorgungsservice Main-Kinzig GmbH hatte 2014 die drei Windräder in Wächtersbach-Neudorf als Windpark Wächtersbach (WPW) erworben. Nach Angaben der Windkraftkritiker von der Bürgerinitiative (BI) Gegenwind hat die Firma „bisher nur Verluste“ aus dem Geschäftsbetrieb realisiert. Die Kreiswerke haben dies zurückgewiesen.

Im ersten Jahr habe laut der BI der Verlust bei 621 000 Euro durch Unterschreiten der geplanten Strommenge um 45 Prozent gelegen. 2015 seien es 364 000 Euro gewesen (Unterschreitung: 15 Prozent), obwohl das Windjahr 2015 das windstärkste Jahr seit 2011 gewesen sei, so die BI. 2016 habe der Verlust etwa 512 000 Euro betragen (Unterschreitung: 29 Prozent).

Laut Gegenwind war Ende 2016 das gesamte Eigenkapital des Windparks in Höhe von rund einer Million Euro aufgebraucht, und die Schulden überstiegen das Vermögen um knapp 500 000 Euro.

Die Gesellschaft sei überschuldet und werde „nur durch Konzerngesellschaften finanziell zahlungsfähig“ gehalten.

In allen Geschäftsberichten werde auf die Risiken und weitere Risikoabschläge künftiger Winderträge hingewiesen und „die Hoffnung auf zukünftig positive Erträge aufrechterhalten“. 2017 sei aber ein windschwaches Jahr gewesen und werde wohl zu weiteren Verlusten führen.

Die positive Darstellung der Gewinnentwicklung „dient nur dem Zweck, das bisher erreichte Desaster durch das Engagement der Kreiswerke in die Windpark Wächtersbach GmbH der Öffentlichkeit nicht erklären zu müssen“.

Unterdessen seien die drei Windräder sicherungsüber-eignet und sämtliche Ansprüche aus Stromeinspeisungen, bestehenden Bankguthaben und künftigen Forderungen aus Gewährleistungsansprüchen, Wartungsvertrag oder Versicherungen an die kreditgebenden Banken abgetreten

worden. Die Rückzahlung der Verbindlichkeiten der WPW werde zusätzlich durch eine Bürgschaft der Kreiswerke Main-Kinzig abgesichert. Dies bedeute, dass Verluste und Risiken von den Kreiswerken zu tragen seien, also von Stromkunden und Steuerzahlern.

Für die Kreiswerke sind dies „haltlose Vorwürfe und Behauptungen“ der BI, die „einmal mehr zeigen, dass es hier nicht um eine objektive Aufklärung der Öffentlichkeit geht“. Basis für die Behauptungen seien veröffentlichte Jahresabschlussberichte, die von der BI „immer wieder für eigene Auslegungen herangezogen“ würden, heißt es auf Anfrage aus Gelnhausen.

Schon vor über einem Jahr habe das Unternehmen klar-gestellt, dass das Windkraft-geschäft langfristig ausgelegt sei. Aufgrund der Investitionshöhe sei zu erwarten, dass in den ersten Jahren Anfangsverluste entstünden. Die Ergebnisse würden über die Laufzeit von 20 Jahren aber ansteigen.

Wenn die BI den Verlust der ersten Betriebsjahre nur auf Abweichungen im Wind-ertrag zurückführe, „so ist dies nicht korrekt“, erläutern die Kreiswerke.

Die Abweichungen seien auch auf technische Anfangs-probleme zurückzuführen. Ziel der BI sei „ganz offensichtlich, grundsätzliches Misstrauen gegenüber der Wirtschaftlichkeit von Wind-parks (...) zu wecken“. Wind-anlagenbetreiber seien gesetzlich verpflichtet, neben Risiken auch Chancen der Geschäftsentwicklung aufzuzei-gen. Zu behaupten, die Kreis-werke würden „alles einfach der Zukunft überlassen“, sei ein „ungeheuerlicher Vor-wurf“. Die Sicherungsüber-eignungen und Abtretungen an die kreditgebenden Ban-ken seien im Übrigen nicht etwa Folge der Ertragslage, sondern „ein absolut übliches Standardvorgehen in der Branche“. ■ hgs (KN)